

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 27.01.2011

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungsunterbrechung: 18:30-18:33 Uhr (TOP 19)
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen
Herr Bürgermeister Helling
Herr Bürgermeister Grube

CDU

Frau Brinkmann, P.
Frau Grünewald
Herr Henrichsmeier
Herr Hoffmann
Herr Jung
Frau Kammeier
Herr Kleinesdar
Herr Kleinkes
Herr Krumhöfner
Herr Meichsner
Herr Nolte
Frau Osthus
Herr Röwekamp
Herr Rüter
Herr Strothmann
Herr Dr. von der Heyden
Herr Weber
Herr Werner

SPD

Herr Fortmeier Fraktionsvorsitz
Frau Biermann
Frau Brinkmann, D.
Frau Gorsler
Herr Hamann
Frau Klemme-Linnenbrügger
Herr Kranzmann
Herr Lufen
Herr Nockemann
Herr Pläßmann
Frau Schneider
Frau Schrader
Herr Sternbacher
Herr Stucke ab 17:25 Uhr (TOP 3)
Herr Suchla
Herr Tsapos
Frau Viehmeister
Herr Wandersleb
Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Schulze	Fraktionsvorsitz
Herr Geil	
Herr Gutknecht	
Herr Julkowski-Keppler	
Frau Keppler	
Frau Künnemann	
Frau Dr. Ober	
Frau Rathsmann-Kronshage	
Herr Rees	
Herr Dr. van Norden	

Die Linke

Frau Schmidt	Fraktionsvorsitz
Frau Ilgün	
Herr Ocak	
Herr Dr. Schmitz	

FDP

Herr Buschmann	Fraktionsvorsitz
Herr Bolte	
Frau Burkert	
Herr Sander	

BfB

Herr Delius
Herr Grün
Herr Schulze

Bürgernähe

Herr Schmelz
Frau Geilhaar

Gäste

Herr Brinkmann	Stadtwerke Bielefeld GmbH	zu TOP 4
Herr Rieke	Stadtwerke Bielefeld GmbH	zu TOP 4

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Frau Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Frau Ley	Büro Oberbürgermeister
Frau Stude	Büro des Rates (Schriftführerin)
Herr Kricke	Büro des Rates
Frau Gottwald	Büro des Rates
Frau Bockermann	Presseamt
Herr Schlüter	Presseamt

Nicht anwesend:

Herr Lux	CDU
Frau Niederfranke	CDU
Herr Nettelstroth	CDU
Frau Pfaff	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Beigeordneter Kähler	Dezernat 5

Zuhörer/-innen in nichtöffentlicher Sitzung:

Herr Hölscher	Geschäftsführung Fraktion Die Linke
Herr Heißenberg	Geschäftsführung Gruppe Bürgernähe

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen verabschiedet Herrn Günter Garbrecht, der zum 31.12.2010 sein Ratsmandat niedergelegt hat. Er würdigt seine langjährige kommunalpolitische Arbeit und überreicht ihm als Zeichen des Dankes und der Anerkennungen den Porzellan-Leineweber.

Als Nachfolger von Herrn Garbrecht im Rat begrüßt Herr Oberbürgermeister Clausen Herrn Thomas Wandersleb, der seit dem 11.01.2011 Mitglied des Rates ist. Er führt ihn in sein Amt ein und verpflichtet ihn gemäß § 67 Abs. 3 GO NRW zur gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Sodann eröffnet er die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1 Öffentlicher Teil der Niederschrift der Ratssitzung am 04.11.2010

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 04.11.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1.2 Öffentlicher Teil der Niederschrift der Ratssitzung am 25.11.2010

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 25.11.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1.3 Öffentlicher Teil der Niederschrift der Ratssitzung am 16.12.2010

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 16.12.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Haushalt 2010/2011

Herr Oberbürgermeister Clausen informiert, dass die Bezirksregierung Detmold in dieser Woche mitgeteilt habe, dass eine Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010/2011 nicht erteilt werde und damit die haushaltswirtschaftlichen Einschränkungen nach der Gemeindeordnung weiterhin gelten würden. Die Bezirksregierung habe darüber hinaus zur Ausführung des Haushaltes konkrete Auflagen erteilt. Die wesentlichen Feststellungen und Vorgaben seien:

1. Gegen die Ausführung des Stellenplans bestünden keine Bedenken, sofern für das Jobcenter von den vorgesehenen 83,4 Mehrstellen nur bis zu 46,8 Stellen (REGE Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) in Anspruch genommen würden und für die beabsichtigten befristeten Personalverstärkungen (13 Kräfte) im Sozial- und Jugendbereich zur Reduzierung von Sozialaufwendungen nach Ablauf eines Jahres eine Evaluierung vorgenommen werde und der geplante Einspareffekt tatsächlich erreicht werde. Eine Verlängerung dieser Beschäftigungsverhältnisse bedürfe der vorherigen Zustimmung. Abweichungen vom Stellenplan 2010/2011 seien bei Stellenausweitungen mitzuteilen.
2. Über Veränderungen im Haushalt 2011, die den voraussichtlichen Fehlbetrag erhöhten, müsse unverzüglich berichtet werden. Die Maßnahmen, mit denen dieser Entwicklung begegnet werden soll, seien darzulegen.
3. Verbesserungen im Haushalt (z. B. Steuermehreinnahmen, Schlüsselzuweisungen, sonstige Ertragsverbesserungen im Haushaltsvollzug) müssten ausschließlich zur Verbesserung des negativen Jahresergebnisses eingesetzt werden.
4. Nicht realisierte HSK-Maßnahmen seien zu kompensieren.
5. Der Bestand der freiwilligen Leistungen dürfe nicht ausgeweitet werden. Neue freiwillige Leistungen seien nur zulässig, wenn an anderer Stelle freiwillige Leistungen gestrichen würden.

Die externen Faktoren, die für die Haushaltssituation mitverantwortlich seien, sowie die von der Stadt ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen erkenne die Bezirksregierung ausdrücklich an. Sie mache aber auch deutlich, dass die bisherigen Maßnahmen zur Haushaltssicherung aus ihrer Sicht nicht ausreichten: Der Eigenkapitalverzehr werde als besorgniserregend und der Umstand, dass die Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) keine vorübergehende Erscheinung, sondern ein Dauerzustand geworden seien, als belastend bezeichnet. Die Bezirksregierung fordere die Stadt Bielefeld daher auf, den Prozess der Entwicklung von konkreten Konsolidierungsmaßnahmen auszuweiten. Für die Jahre ab 2011 würden strukturelle Maßnahmen, die stärker als bisher in das Leistungsangebot der Stadt eingreifen würden, angemahnt. Beispielhaft würden hierzu Schulschließungen, Verkleinerung des Rates und die Schließung von Bezirksämtern angeführt. Auch die Erhöhung der Gewerbesteuer sehe die Bezirksregierung als zwingend an, wenn sich der Haushaltsausgleich nicht durch andere Maßnahmen zum nächstmöglichen Zeitpunkt darstellen lasse. Herr Oberbürgermeister Clausen betont, dass die Stadt Bielefeld die Konsolidierung nicht alleine schaffen könne und auf eine kommunalfreundlichere Bundes- und Landespolitik angewiesen sei. Die Ankündigung der nordrhein-westfälischen Landesregierung, bei

der Verteilung der GFG-Mittel die Sozillasten stärker zu berücksichtigen, sei ein guter Schritt in diese Richtung. Er werde sich gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus der kommunalen Familie weiter um dieses Anliegen kümmern.

Zu Punkt 2.2 **Errichtung einer Medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld**

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf das als Tischvorlage verteilte Schreiben der Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW (MIWF). Danach sei der Bund zurzeit nicht bereit, ein Sonderprogramm zur Aufstockung der Medizinstudienplätze in der Bundesrepublik zu finanzieren. Eine Finanzierung aus dem Hochschulpakt, über den bundesweit Studienangebote ausgeweitet werden sollen, erscheine aber nach wie vor möglich. Allerdings befinde sich das Projekt der Medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld damit in Konkurrenz zu vielen anderen Projekten. Das MIWF und die Universität Bielefeld wollten laut Schreiben des MIWF „in den nächsten sechs Monaten ein Konzept erstellen, um eine Entscheidungsoption zu entwickeln.“ Er interpretiere diese Aussage so, dass die Landesregierung das Bielefelder und OWL-Anliegen einer fairen Prüfung unterziehe, was er als eine gute Zwischennachricht bewerte.

Zu Punkt 2.3 **Meningitisserkrankung**

Herr Oberbürgermeister Clausen teilt mit, dass in einem Bielefelder Kindergarten ein Meningitisfall aufgetreten sei. Das Kind werde bereits ärztlich versorgt und das Gesundheitsamt kümmere sich um den Fall. Eine Schließung des Kindergartens sei nicht erforderlich.

Herr Oberbürgermeister Clausen gibt den Vorsitz an Herrn Bürgermeister Helling ab.

Zu Punkt 3 **Anfragen**
Anleinplicht für Hunde auf der Promenade
(Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.01.2010)

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 1969/2009-2014

Text der Anfrage:

Wie viele Vorfälle mit nichtangeleinten Hunden hat es 2010 auf der Promenade gegeben und ergibt sich daraus für die Verwaltung eine erhöhte unmittelbare Handlungspflicht?

Herr Oberbürgermeister Clausen beantwortet die Anfrage und erklärt, dass er davon ausgehe, dass mit „auf der Promenade“ der Grünbereich unterhalb der Promenade zwischen Freudental und Brands Busch gemeint sei und dass mit „Vorfällen“ die Anzeigen, die der Stadt bekannt geworden seien bzw. eigene Beobachtungen seitens der Stadt gemeint seien.

Im Jahr 2010 seien im Ordnungsamt 27 Anzeigen eingegangen. Laut dieser Anzeigen

- sei im August ein Mensch gebissen worden,
- seien drei Hundebisse für April, Juni und Dezember gemeldet worden,
- sei einem Kind im Januar 2010 von einem Hund durchs Gesicht geleckert worden,
- sollen in drei Fällen im März und April Wild bzw. Enten gejagt worden sein,
- bezögen sich zehn Anzeigen allgemein auf alle dort herumlaufenden Hunde, die die Sicherheit insbesondere von Kindern nach Ansicht der Anzeigersteller gefährdeten und
- bezögen sich neun weitere Anzeigen auf Verstöße gegen den Leinenzwang.

Das Ordnungsamt beschränke sich seit der Befassung in der Bezirksvertretung Mitte im Sommer 2009 auf die Beobachtung und sei rd. 2x monatlich vor Ort. Bei konkreteren Gefährdungssituationen, etwa bei Hunden auf dem Spielplatz, würden die Hundehalterinnen und Hundehalter angesprochen. Verwarnungen oder Bußgelder seien nicht ausgeteilt worden. Die Zahl der Verstöße gegen das Anleingebot seien nicht einzeln erfasst worden. Es sei aber festgestellt worden, dass die überwiegende Zahl der Hunde nicht angeleint gewesen sei. Überwachungsmaßnahmen der Verwaltung sollen sich nach den Materialien zum Landeshundegesetz zuerst auf Sachverhalte beziehen, bei denen das „Gefahrenpotential für Beißvorfälle“ besonders hoch sei. Obwohl natürlich jeder Beißvorfall einer zu viel sei, sehe die Verwaltung keine akute und erhöhte unmittelbare Handlungspflicht. Insbesondere in letzter Zeit habe es keine Beißvorfälle, die ein sofortiges Handeln unmittelbar nötig gemacht hätten, gegeben. Der bestehenden allgemeinen Handlungspflicht komme er kurzfristig nach, indem er im Februar oder März ein Konzept zu den Freilaufflächen vorlege.

Bis ca. 2003 habe es in Bielefeld ca. 20 Freilaufflächen gegeben. Da der Freilauf der Hunde konzentriert erfolgt sei, hätten sich Joggerinnen/Jogger, Radfahrerinnen/Radfahrer, Spaziergängerinnen/Spaziergänger und andere darauf einstellen können. Begegnungen und Konflikte seien zwar nicht ausgeschlossen, aber reduziert gewesen. Aufgrund des Inkrafttretens des neuen Landesgesetzes seien dann in Bielefeld alle Freilaufflächen bis auf zwei Flächen eingezogen worden. Seitdem gebe es für 11.000 Hunde nur zwei Freilaufflächen.

Es sei zu beobachten, dass in allen Grünanlagen und Parks viele Hundehalterinnen und -halter den bestehenden Leinenzwang missachteten, weil ein alltagstaugliches Angebot für Hundeauslauf fehle. Das führe zu Beeinträchtigungen, Begegnungen und Konflikte fänden statt.

Da die jetzige Situation für alle nicht befriedigend sei, habe er zur Vorbereitung einer Entscheidung des Rates eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Konzept erarbeiten solle, das einen Interessenausgleich vorsehe und von einer möglichst breiten Mehrheit - auch in der Bevölkerung - getragen werde. Bis das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe vorliege und eine Entschei-

Gelöscht: ,

Gelöscht: .

dung zum weiteren Vorgehen getroffen worden sei, solle das Ordnungsamt im Bereich der Promenade wie bisher den Leinenzwang überwachen, aber nur in konkreten Gefährdungssituationen eingreifen. Es solle abgewartet werden, für welches Konzept sich der Rat entscheide. In der Abwägung von einerseits Sicherheitsinteressen und andererseits der Vermeidung großen Aufwandes sowie großen Ärgers (bei etwaigen Bußgeldbescheiden oder sonstigen ordnungsbehördlichen Maßnahmen müsse mit heftigem Protest gerechnet werden) habe er entschieden, dass die Verwaltung vor dieser Ratsentscheidung ihre bisherige Praxis nicht ändern solle. Eine sachliche und sachgerechte Entscheidung bei diesem offenbar emotional sehr beladenen Thema werde nicht dadurch leichter, dass sich die Gruppe der Hundehalter einem plötzlich durchgreifenden Ordnungsamt gegenüber sehe. Da das Problem schon seit Jahren bestehe und sich in den letzten Monaten nicht verschärft habe, könne noch einen Monat auf einen Lösungsversuch gewartet werden. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe werde er dem Rat im Februar oder März vorstellen.

Gelöscht: begrenzt

Herr Henrichsmeier (CDU-Fraktion) erinnert an die Verantwortung und die Pflichten der Hundehalterinnen und Hundehalter. Das Problem freilaufender Hunde gebe es nicht nur im Bereich der Promenade, sondern auch in den übrigen Grünanlagen, auch in den Außenbezirken. Die CDU-Fraktion hoffe, dass künftig mehr durchgegriffen werde, wenn Hundehalterinnen und Hundehalter ihren Pflichten nicht nachkämen.

Herr Schulze (BfB-Fraktion) berichtet, dass ihn ärgere, wenn rücksichtslose Hundehalterinnen und Hundehalter es hinnähmen, dass ihr Hund die Sandkästen von Kleinkindern verunreinige. Gestört habe ihn aber vor allem, dass Herr Oberbürgermeister Clausen in das Aufgabengebiet von Frau Beigeordnete Ritschel eingegriffen habe. Sollte außerdem die ihm zugetragene Information stimmen, dass auch der Oberbürgermeister seinen Hund nicht anleine, müsse er dieses Verhalten ebenso kritisieren, denn auch der Oberbürgermeister habe sich an die Ordnungsbehördliche Verordnung zu halten. Sofern die Information der Wahrheit entspreche, appelliert er an Herrn Oberbürgermeister Clausen, sich zu entschuldigen und eine Spende an das Tierheim zu leisten.

--

Herr Bürgermeister Helling gibt den Vorsitz an Herrn Oberbürgermeister Clausen zurück.

--

Zu Punkt 4

Einbringung des Energiekonzeptes der Stadtwerke Bielefeld GmbH

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2012/2009-2014

Herr Brinkmann und Herr Rieke (Geschäftsführer der Stadtwerke Bielefeld GmbH) stellen anhand von Folien das Energiekonzept der Stadtwerke Bielefeld GmbH vor und berichten zu den Ergebnissen einer Wärmebedarfsstudie und der geplanten Zukunft der Stromerzeugung. Das Ziel eines breiten Energieträgermix solle weiterverfolgt werden. Wegen der noch offenstehenden Entscheidung über die Laufzeit des Kernkraftwerks Grohnde würden alternative Vorkehrungen getroffen. Herr Brinkmann

erklärt, dass durch die zukunftsfähige Positionierung der Stadtwerke Bielefeld GmbH im Strom- und Wärmemarkt

- die konventionelle Eigenerzeugung ca. bis 2024 abgesichert sei (Planung von 115 MW-Scheibe eines Gaskraftwerkes),
- die Positionierung im Wärmemarkt stabilisiert werde (Einsatz von Produkten als Ersatz für sinkenden Gasabsatz) sowie
- der Einsatz dezentraler Erzeugung intensiv ausgebaut werde (Kraft-Wärme-Kopplung mit Blockheizkraftwerken),
- die regenerative Wärmeerzeugung ausgebaut werde (Biogas-Blockheizkraftwerke und Holz-befeuerte Erzeugung) und
- der Anteil regenerativer Stromerzeugung erheblich ausgebaut werde.

Insgesamt würden die Klimaschutzziele der Stadt Bielefeld erreicht. Bei Realisierung aller vorgestellten Maßnahmen vermindere sich der CO₂-Ausstoß im Jahr 2020 gegenüber 2005 um 670.000 t (= 60%). Die zu erwartende, erhebliche Reduzierung des Fernwärmeabsatzes werde durch die Erschließung der Nah- und Fernwärmepotentiale mit plus 90 GWh weit überkompensiert. Die Position im Wärmemarkt werde deutlich stabilisiert und die Kundenbindung gefestigt. Zusätzlich werde die Positionierung der Stadtwerke Bielefeld GmbH in der Eigenerzeugung durch die Nachfolge bestehender Kraftwerksblöcke gewährleistet. In 2020 würden 50% der Stromerzeugung in Bielefeld aus erneuerbaren Energien bzw. Kraftwärmekopplung erzeugt.

Beschluss:

Das vorgestellte Energiekonzept der Stadtwerke Bielefeld wird zur Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

- einstimmig beschlossen -

Die präsentierten Folien sind als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Zu Punkt 5

Entwurf der Eröffnungsbilanz der Stadt Bielefeld auf den 01.01.2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1932/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Entwurf der Eröffnungsbilanz der Stadt Bielefeld auf den 01.01.2009 wird zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 6 **Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1842/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt die als Anlage beigefügte Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Bielefeld zur Kenntnis. Die Gesamtabschlussrichtlinie tritt rückwirkend ab dem 1.1.2010 in Kraft.
2. Die Gesamtabschlussrichtlinie sowie ihre Anlagen werden durch die Verwaltung im Rahmen eines Änderungsdienstes bei Bedarf aktualisiert, angepasst und ergänzt. Erhebliche Änderungen werden dem Rat zur Kenntnis gebracht.
3. Die Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Bielefeld bindet die Organisationseinheiten des jeweils gültigen Konsolidierungskreises.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 7 **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat**

Der Rat nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, Kenntnis.

Zu Punkt 8 **Aufhebung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlage "Stadthalle Bielefeld" vom 27.06.2008 in der Fassung vom 02.07.09 und Bericht zu den Maßnahmen im Stadthallen-Umfeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1792/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat entsprechend der Empfehlung des Haupt- und Beteiligungsausschusses folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage zur Vorlage beigefügte Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ vom 27.08.2008 in der Fassung vom 02.07.2009.

Der Bericht zu den ordnungsrechtlichen Maßnahmen im Stadthallen-Umfeld wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt nach Möglichkeiten zu suchen, die Situation im Umfeld der Stadthalle nachhaltig zu verbessern. Hierüber ist der Bezirksvertretung und dem Stadtentwicklungsausschuss im Juni, spätestens im Juli des Jahres zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 9

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Erteilung der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnis für das Gebiet der Physiotherapie in Nordrhein-Westfalen zwischen der Stadt Bielefeld und der Landeshauptstadt Düsseldorf

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1926/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt den Abschluss der der Vorlage als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Übernahme der Zuständigkeit der Erteilung der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnis für das Gebiet der Physiotherapie in Nordrhein-Westfalen zwischen der Stadt Bielefeld und der Landeshauptstadt Düsseldorf.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 10

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/S 46 "Gewerbe-/Industriegebiet Windel" - Teilplan 2 - für das Gebiet Buschkampstraße, Wilhelmsdorfer Straße, Scherpelsweg, im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB
- Stadtbezirk Senne
- Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1835/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/S 46 „Gewerbe-/Industriegebiet Windel“ - Teilplan 2 – wird als Satzung gemäß § 10(1) Bundesbaugesetz (BauGB) beschlossen.
2. Die Begründung zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
3. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10(3) BauGB mit den notwendigen Angaben öffentlich bekanntzumachen.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 11

Teilnahme der Stadt Bielefeld am EU-Mobility-Cluster "SYNAPTIC" (Synergy of New Advanced Public Transport Solutions Improving Connectivity in the Region of Northwest Europe)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1905/2009-2014

Herr Lufen (SPD-Fraktion) berichtet, dass mit dem Projekt „SYNAPTIC“ das Ziel verfolgt werde, die Mobilitätsangebote weiter zu verbessern, wobei die sogenannte nahtlose „von Tür zu Tür-Mobilität“ eine wichtige Rolle spiele. In Bielefeld könne bei jährlich 43 Mio. Fahrgästen in Stadtbahnen und Bussen zwar von einem hohen Zuspruch gesprochen werden und auch die politischen Gremien seien sich einig, das ÖPNV-Netz weiter auszubauen, europaweit müssten aber noch mehr Menschen für den ÖPNV begeistert und politische Entscheidungsträger überzeugt werden. Die Teilnahme an dem Projekt „SYNAPTIC“ erfolge aus den Erfahrungen mit dem Projekt BAPTS (Boosting Advanced Public Transport Systems = Förderung fortschrittlicher öffentlicher Verkehrssysteme) und sei als Kompliment und Anerkennung des bisher Geleisteten zu verstehen. Aufgrund der Fragen „Wie fördern wir den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel?“, „Wie können wir bestimmte Fahrgastzielgruppen besser

erreichen?“ und „Welche Informations- und Verkehrsmanagementsysteme sorgen für einen reibungslosen Verkehr und für zufriedene Kunden?“ seien konkrete Handlungsziele entstanden, die z. B. mit der Einführung des Handy-Tickets in Bielefeld bereits umgesetzt würden. Abschließend kritisiert Herr Lufen, dass die Vorlage nicht im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beraten worden sei, da ÖPNV auch immer etwas mit aktivem Klimaschutz zu tun habe. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Beschluss:

Der Beteiligung der Stadt Bielefeld an dem von der EU zu 100 % finanzierten EU-Mobility-Cluster „SYNAPTIC wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12

Teilnahme der Stadt Bielefeld am EU-Projekt "Cradle to Cradle Business Innovation & Improvement Zones (C2C-BIZZ)" - Entwicklung von Gewerbeflächen auf der Grundlage der Cradle to Cradle-Philosophie

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 1906/2009-2014 und
1906/2009-2014/1

Herr Bürgermeister Grube (SPD-Fraktion) begrüßt die Beteiligung Bielefelds an dem Projekt „Cradle to Cradle Business Innovation & Improvement Zones“, mit dem Konzeptionen zur Entwicklung von Gewerbeflächen nach der Cradle-to-Cradle-Philosophie in Europa erarbeitet werden sollen. Dies habe aber nur Sinn, wenn das Prinzip der Nachhaltigkeit beachtet werde und Bielefeld ausreichend Gewerbegebiete ausweise.

Beschluss:

1. **Der Beteiligung der Stadt Bielefeld an dem EU-Projekt „Cradle to Cradle Business Innovation & Improvement Zones (C2C-BIZZ)“ wird zugestimmt.**
2. **Die finanziellen Auswirkungen in den jeweiligen Haushaltsjahren werden im Budget des Bauamtes abgebildet.**
3. **Die Verwaltung hat gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses im Rahmen einer Informationsveranstaltung über die Cradle to Cradle-Philosophie und die Beteiligung der Stadt Bielefeld zu informieren.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13

Sozial- und Gesundheitsausschuss
Hier: Wechsel im Ausschussvorsitz

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1938/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld bestellt

Frau Karin Schrader

zur neuen Vorsitzenden des Sozial- und Gesundheitsausschusses.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14

Benennung von Abgeordneten und Gästen zur 36. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 03.Mai bis 05.Mai 2011 in Stuttgart

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1947/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat entsendet folgende Personen zur 36. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 03.Mai bis 05.Mai 2011 in Stuttgart:

1. Stimmberechtigte Abgeordnete

1. Ratsmitglied Klaus-Dieter Hoffmann (CDU)
2. Ratsmitglied Detlef Werner (CDU)
3. Ratsmitglied Regine Weißenfeld (SPD)
4. Ratsmitglied Klaus Rees (Bündnis 90/Die Grünen)

2. Gäste

1. Ratsmitglied Hans-Werner Plassmann (SPD)
2. Ratsmitglied Barbara Schmidt (Die Linke)
3. Dr. Björn Kerbein (FDP)
4. sachkundiger Bürger Peter Pfeiffer (BfB)
5. Ratsmitglied Martin Schmelz (Bürgernähe)

- einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 15 Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien
(Antrag der SPD-Fraktion vom 25.01.2011)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1991/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt folgende Umbesetzungen:

Sozial- und Gesundheitsausschuss

Ordentliches Mitglied

bisher: Ratsmitglied Günter Garbrecht
neu: Ratsmitglied Thomas Wandersleb

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Ordentliches Mitglied

bisher: sachk. Bürger Detlef Knabe
neu: Ratsmitglied Dorothea Brinkmann

bisher: Ratsmitglied Karin Schrader
neu: sachk. Bürger Jörg Rodermund

Stellvertretendes Mitglied

bisher: Ratsmitglied Dorothea Brinkmann
neu: sachk. Bürger Hans-Jürgen Franz

bisher: sachk. Bürger Jörg Rodermund
neu: Ratsmitglied Holm Sternbacher

Gemeinnützige Gesellschaft für Regionale Personalentwicklung (REGE) mbH,

- Aufsichtsrat

bisher: Ratsmitglied Günter Garbrecht
neu: Günter Garbrecht

- einstimmig beschlossen -

Clausen
Oberbürgermeister
Vorsitz außer TOP 3.1

Helling
Bürgermeister
Vorsitz zu TOP 3.1

Stude
Schriftführerin